

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Herbstsession 2018

Im **Nationalrat** werden in dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Besonders zu erwähnen sind zwei Vorstösse, die sich mit der Einführung eines dritten Geschlechts oder einer dritten Geschlechtsidentität im Personenstandsregister und deren Auswirkungen befassen (Postulat Arslan: [Drittes Geschlecht im Personenstandsregister](#) und Postulat Ruiz: [Einführung einer dritten Geschlechtsidentität. Folgen für die Rechtsordnung und für Infostar](#)). Weiter wird der Nationalrat die ausgearbeitete Vorlage für die Umsetzung der parlamentarischen Initiative Reynard «[Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung](#)» behandeln.

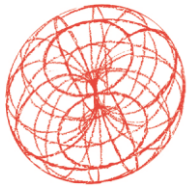
Zudem zu erwähnen ist die Motion «[Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung in den klassischen und digitalen Medien schützen](#)», welche sich für einen stärkeren Jugendschutz im Bereich Tabakproduktwerbung einsetzt. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion und der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit der Motion.

Im **Ständerat** ist besonders auf vier Geschäfte zu verweisen. Einerseits auf die Motionen der nationalrätlichen und der ständerätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, die zusammen behandelt werden. Die Motion der WBK-NR ([Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss auf der Sekundarstufe II führen](#)) will die schulische Integration dieser Jugendlichen verbessern und fordert den Bundesrat auf, mit den Kantonen die Zuständigkeit für die Umsetzung und Finanzierung von Bildungsmaßnahmen für spät zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene zu klären und die Bundesbeiträge zu erhöhen. Der Nationalrat hat der Motion bereits zugestimmt. Die ständerätliche WBK sieht diese Forderung mit der Verabschiedung der Integrationsagenda bereits als mehrheitlich erfüllt und hat daher einstimmig die folgende Motion eingereicht: [Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, Efta- und Drittstaaten](#). Damit wird der Bundesrat beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen eine Lösung für die Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, Efta- und Drittstaaten zu erarbeiten, die sich in der Zielsetzung an der Integrationsagenda orientiert.

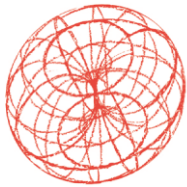
Weiter befasst sich der Ständerat mit der „[Verlängerung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung](#)“. Der Nationalrat hat der parlamentarischen Initiative der WBK-NR bereits mit 102 zu 89 Stimmen zugestimmt. Die Vorlage wird nun vom Ständerat beraten. Schliesslich wird sich der Ständerat auch noch mit der Motion „[ADHS ist keine Krankheit! Die wirklichen Ursachen müssen angepackt werden](#)“ befassen. Entgegen der Empfehlung des Bundesrats hat der Nationalrat mit 90 zu 81 Stimmen zugestimmt.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

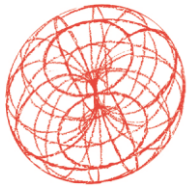
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



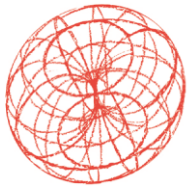
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| 10.09.2018 | <p>Behandlung parlamentarischer Initiativen 1. Phase (weitere Behandlungstermine: 11. ,12. ,13. ,17. ,18. ,20. ,24. und 26. September)</p> <p><u>17.440</u> (Parlamentarische Initiative Fraktion Grüne): Bundesgesetz zur Hanfregulierung (neues Schweizer Hanfgesetz), Die Initiative verlangt, dass ein Bundesgesetz zur umfassenden Regulierung von Hanf (Cannabis) auszuarbeiten ist, das den Anbau, Handel, Konsum, Jugendschutz und die Besteuerung regelt. Dabei soll das neue Hanfgesetz insbesondere die folgenden Bereiche regeln:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Produktion, Handel und Verkauf mit Eintrag in ein Hanfhandelsregister;2. Qualitätskontrolle und Lizenzabgaben;3. Prävention und Jugendschutz;4. Einbettung als Produktionszweig in die Schweizer Berglandwirtschaft;5. Forschung und Anwendung für medizinische Zwecke;6. Bundessteuer analog Tabakgesetzgebung und Gewinnabschöpfung für die Sozialversicherungen. <p>Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit beantragt mit 11 zu 14 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben. Nun berät der Nationalrat zum ersten Mal die Vorlage.</p> | |



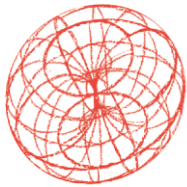
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|---|
| 10.09.2018 | <p>17.489 (Parlamentarische Initiative Steinemann): Keine minderjährigen Sozialhilfebezüger erleichtert einbürgern. Die Initiative fordert, dass Artikel 24a des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) wie folgt geändert wird: Art. 24a, Abs. 2 (neu) «Die materiellen Voraussetzungen des BüG gelten sowohl für die volljährigen als auch für die minderjährigen Personen der dritten Ausländergeneration». Gemäss der Initiatorin war das Ziel der Revision des BüG, dass nur Gesuche von wirtschaftlich selbständigen Ausländern bewilligt werden. Es gibt keinen Grund, von diesem Prinzip bei dieser Kategorie von Einbürgerungskandidaten abzuweichen. Die staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Der Nationalrat befasst sich nun erstmals mit der Vorlage.</p> | |
| 11.09.2018 | - | <p>16.3212 (Motion Wehrli): Kindesunterhalt. Änderung von Artikel 277 ZGB, um die Ungleichbehandlung von Eltern mit Kindern in Ausbildung und Eltern mit Kindern, die nicht in Ausbildung sind, zu beseitigen. Der Bundesrat wird beauftragt, den eidgenössischen Räten eine Änderung von Artikel 277 Absatz 2 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB) vorzuschlagen, sodass Eltern auch dann bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs ihres Kindes für seinen Unterhalt aufkommen müssen, wenn es mittellos ist. Entgegen der Empfehlung des Bundesrats hat der Nationalrat die Vorlage angenommen. Der Ständerat befasst sich nun als Zweitrat mit der Vorlage.</p> |



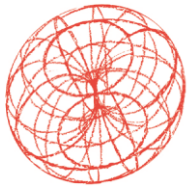
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|--|-----------|
| 17.09.2018 | <p>Parlamentarische Vorstösse aus dem Justiz- und Polizeidepartement (Weitere Behandlungstermine: 18., 19. und 25. September):</p> <p>17.4121 (Postulat Arslan): Drittes Geschlecht im Personenstandsregister Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Folgen darzulegen, wenn Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtssystem einordnen lassen (wollen), die Möglichkeit haben, sich mit einem dritten Geschlecht oder ganz ohne Geschlecht ins Personenstandsregister einzutragen. Im Bericht ist darzulegen, welche Schwierigkeiten durch eine solche Erweiterung entstünden und wie diese beseitigt werden könnten. Dabei sind auch die Entwicklungen und Erfahrungen des Auslands miteinzubeziehen. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats, der Nationalrat befasst sich das erste Mal mit dem Postulat.</p> <p>17.4185 (Postulat Ruiz): Einführung einer dritten Geschlechtsidentität. Folgen für die Rechtsordnung und für Infostar. Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der prüft, welche gesetzlichen Änderungen und welche Anpassungen im elektronischen Personenstandsregister (Infostar) im Falle folgender Massnahmen nötig wären: die Einführung einer dritten Geschlechtsidentität im Personenstandsregister, der vollständige Verzicht auf die Angabe des Geschlechts im Register oder ein vorübergehender Aufschub des Eintrags bei neugeborenen Intersexuellen. Der Bericht soll einen Überblick geben über die zu erwartenden Kosten, die für die Umsetzung dieser Änderungen benötigte Zeit und die zusätzlichen Konsequenzen, die sich für die Infrastruktur der Register in der Schweiz ergeben würden. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats, der Nationalrat befasst sich das erste Mal mit dem Vorstoss.</p> | - |



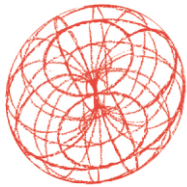
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| 17.09.2018 | <p>16.3916 (Motion Rickli): Verbot von Kinderehen. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament folgende Revision von Artikel 105 Ziffer 6 ZGB (Minderjährigkeit als Grund für unbefristete Eheungültigkeit) vorzulegen: 6. einer der Ehegatten minderjährig ist. (Der zweite Teil des Satzes "es sei denn, die Weiterführung der Ehe entspricht den überwiegenden Interessen dieses Ehegatten" ist zu streichen). Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p>16.4114 (Motion Reynard): Organisation einer dringlichen nationalen Konferenz zur erleichterten Integration von Flüchtlingen in das Bildungssystem. Der Bundesrat wird beauftragt, eine dringliche nationale Konferenz zu organisieren, die den Zugang von Flüchtlingen zur Bildung zum Inhalt hat und alle betroffenen Akteure zusammenbringt. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <p>17.3099 (Motion Fraktion SVP): Aufenthaltsbewilligungen für Sans-Papiers. Schluss mit der Genfer Praxis. In Genf läuft zurzeit ein Pilotprojekt, in dem, mit Einverständnis des Bundesrates und basierend auf Artikel 30 des Ausländergesetzes, zahlreiche Aufenthaltsbewilligungen an gut integrierte Ausländer und Ausländerinnen vergeben werden, die sich illegal in Genf aufhalten. Die Motion fordert die sofortige Einstellung des Genfer Pilotprojekts. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> | |



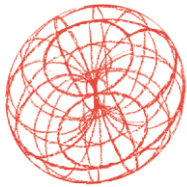
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| 17.09.2018 | <p><u>17.3217</u> (Motion Mazzone): Verschwinden von unbegleiteten Minderjährigen. Für das Wohl der Kinder den Kampf gegen dieses besorgniserregende Phänomen aufnehmen.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu treffen, um im übergeordneten Interesse dieser Kinder gegen das Verschwinden von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) vorzugehen. Dazu zählt insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none">1. das Sicherstellen, dass die Kantone sofort ein Suchverfahren einleiten, wenn ein Kind verschwindet;2. die Harmonisierung der Betreuung von UMA in den Kantonen, um schweizweit eine gesetzliche Vertretung, Unterbringung, Betreuung und Begleitung zu gewährleisten;3. das Informieren der UMA in den ersten Tagen nach ihrer Aufnahme über die Betreuungsmodalitäten und die Risiken, denen sie bei Verschwindens ausgesetzt wären;4. das Erstellen einer zentralisierten Datenbank, in der insbesondere die Empfangs- und Schutzmassnahmen für jedes Kind festgehalten werden und mit der die Entwicklungen im Asylverfahren nachverfolgt werden können, damit eine Identifizierung gefährdeter Kinder möglich ist und beim Verschwinden schnell und koordiniert gehandelt werden kann;5. das Verfassen von Richtlinien für die Kantone über die im Verschwindensfall zu ergreifenden Massnahmen. <p>Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat wird sich erstmals mit der Vorlage befassen.</p> <p><u>17.3375</u> (Motion Regazzi): Pädophilen soll der Pass entzogen werden.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die wegen Pädophilie verurteilt sind, der Pass entzogen wird, um zu verhindern, dass sie ins Ausland reisen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat wird sich erstmals mit der Vorlage befassen.</p> | |



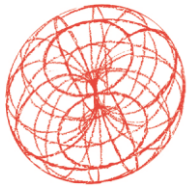
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|-------------|--|
| 18.09.2018 | - | <p><u>17.497</u> (Parlamentarische Initiative WBK): Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes.</p> <p>Die Initiative fordert, dass das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung über den 31. Januar 2019 hinaus um vier zusätzliche Jahre verlängert wird. Ziel der Vorlage ist es, die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder zu fördern und den Eltern so zu ermöglichen, Familie und Beruf oder Ausbildung besser miteinander zu vereinbaren. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates hat zugestimmt, einen Erlassentwurf auszuarbeiten. Die ständerrätliche Schwesterkommission hat dem zugestimmt. Der Nationalrat hat in der Sommersession einer Verlängerung des Impulsprogramms mit 103 zu 89 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Die Vorlage wird nun vom Ständerat behandelt.</p> <p><u>15.4229</u> (Motion Herzog): ADHS ist keine Krankheit! Die wirklichen Ursachen müssen nun angepackt werden.</p> <p>Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass die wirklichen Ursachen, die sich hinter der Diagnose ADHS verbergen, angepackt werden. Entgegen der Empfehlung des Bundesrats hat der Nationalrat der Motion mit 90 zu 81 Stimmen zugestimmt. Nun behandelt der Ständerat die Vorlage.</p> <p><u>18.3541</u> (Interpellation Müller): Verbesserungen des KJFG prüfen</p> <p>Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz KJFG, sieht gemäss Artikel 24 eine regelmässige Evaluation der im Rahmen dieses Gesetzes gewährten Finanzhilfen und getroffenen Massnahmen auf ihre Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit vor. Das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV führt diese Evaluation in diesem Jahr erstmals durch. Die Interpellation fordert, dass die Evaluation des KJFG auch dazu genutzt wird, um neben Verbesserungen in der Umsetzung auch Verbesserungen am Gesetz selber vorzunehmen.</p> |



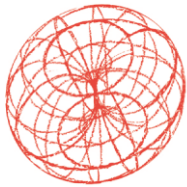
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|-------------|--|
| 18.09.2018 | | <p><u>18.3454</u> (Interpellation Eder): Dringliche Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor E-Zigaretten.</p> <p>Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) hat in seinem Urteil vom 24. April 2018 die Allgemeinverfügung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) zu E-Zigaretten aufgehoben. Damit wird, gestützt auf das Cassis-de-Dijon-Prinzip, der Import und Vertrieb von nikotinhaltenen E-Zigaretten aus der EU in der Schweiz ab sofort schrankenlos zugelassen. Grundsätzlich sollten die erforderlichen technischen Anforderungen an E-Zigaretten sowie Einschränkungen in Bezug auf Werbung und Abgabe an Minderjährige im geplanten Tabakproduktegesetz geregelt werden. Mit einer Inkraftsetzung dieses Gesetzes ist aber in nächster Zeit nicht zu rechnen.</p> <p>Durch das BVG-Urteil haben Kinder und Jugendliche zum jetzigen Zeitpunkt uneingeschränkt und einfach Zugang zu diesen Produkten. Zudem ist davon auszugehen, dass sich neue Anbieter auf dem Markt der Wichtigkeit des Kinder- und Jugendschutzes nicht oder zu wenig bewusst sind. Der Bundesrat wird daher aufgefordert, die folgenden Fragen zu beantworten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Welche dringlichen Massnahmen hat er im Bereich des Importes und Vertriebes ergriffen oder gedenkt er zu ergreifen, um Kinder und Jugendliche zu schützen?2. Ist er bereit, mit der Tabakindustrie und dem Tabakwarenhandel einen runden Tisch einzuberufen, um die Selbstregulierung der Industrie auf die neuen Produkte auszuweiten und ein Mindestalter von 18 Jahren für Tabakprodukte und E-Zigaretten sicherzustellen? |



| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|--|---|
| 19.09.2018 | <p>17.3860 (Motion Baumann): Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung. Der Bundesrat wird aufgefordert, das Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG; SR 836.2) so zu ändern, dass in allen Kantonen ein voller Lastenausgleich zwischen den Kassen eingeführt wird. Ziel der Änderung ist, dass dank dem vollen Lastenausgleich alle Arbeitgeber und ihre Familienausgleichskasse innerhalb des Kantons mittel- und langfristig eine sehr ähnliche Beitragsbelastung aufweisen. Entgegen der Empfehlung des Bundesrates hat der Ständerat die Motion mit 20 zu 18 Stimmen angenommen. Der Nationalrat befasst sich erstmals mit der Vorlage.</p> <p><i>Vorstösse aus dem Eidgenössischen Departement des Innern:</i></p> <p>17.4268 (Motion Gugger): Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung in den klassischen und digitalen Medien schützen. Der Bundesrat wird mit dieser Motion beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass Werbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten in Print- und Online-Produkten (inklusive Publireportagen, Social Media und Apps), welche Minderjährigen leicht zugänglich sind, verboten wird. Als "leicht zugänglich" gelten Print- und Online-Produkte, welche weder über Bezahl-Abonnemente noch über eine andere Form der persönlichen Identifizierung verfügen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> | <p><i>Gemeinsame Beratung von Motion 18.2707 und Motion 18.3911:</i></p> <p>18.3707 (Motion WBK-SR): Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, Efta- und Drittstaaten. Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen eine Lösung für die Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, Efta- und Drittstaaten zu erarbeiten, die sich in der Zielsetzung an der Integrationsagenda orientiert.</p> <p>18.3911 (Motion WBK-NR): Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss auf der Sekundarstufe II führen. Der Bundesrat wird beauftragt mit den Kantonen die Zuständigkeit für die Umsetzung und Finanzierung von Bildungsmassnahmen für spät zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene zu klären und die Beiträge an die Integrationsleistungen, welche durch die Regelstrukturen im Bildungsbereich erbracht werden, substantiell zu erhöhen. Die Finanzierung der zusätzlichen Integrationsleistungen soll über das Budget des Staatsekretariats für Migration garantiert werden. Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, der Nationalrat hat die Vorlage bereits überwiesen. Die Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur des Ständerates empfiehlt die Motion einstimmig zur Ablehnung, da sie mit der Verabschiedung der Integrationsagenda weitgehend erfüllt sei.</p> |



| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| | <p>16.3804 (Postulat Schmid-Federer): Bedarfsabhängige Kinderzulagen als gezielte Massnahme zur Bekämpfung der Familienarmut. Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, auf welche Weise neu bedarfsabhängige Zulagen eingeführt werden könnten, mit denen finanziell schlechtgestellte Familien gezielt unterstützt werden könnten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> | |
| 25.09.2018 | <p>13.407 (Parlamentarische Initiative Reynard): Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. Änderung des Strafgesetzbuches (Art 261bis): Erweiterung des Artikels „Rassendiskriminierung“ um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. 2015 hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, die Antirassismus-Strafnorm entsprechend zu erweitern. In der Zwischenzeit hat die Kommission die Umsetzung ausgearbeitet und der Nationalrat befasst sich mit den konkreten Vorschlägen.</p> | - |
| 26.09.2018 | <p>18.3391 (Postulat WBK-NR): Harmonisierung der Stipendienvergabe. Ist das Ziel erreicht? Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Harmonisierung der von den Kantonen vergebenen Stipendien zu erstellen. In diesem Bericht zieht er Bilanz über die Fortschritte bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat), berichtet über die Umsetzung des Konkordats sowie über die Entwicklung der Ausbildungsbeiträge im Verhältnis zur Anzahl der in Ausbildung befindlichen Personen. Zudem legt er dar, ob insbesondere bei den Grundsätzen für die Berechnung der Stipendien, aber auch bei den Sozialhilfebeiträgen weiterhin grosse Unterschiede bestehen. Schliesslich prüft er Massnahmen mit denen die Harmonisierung im Rahmen des interkantonalen Konkordats oder des Ausbildungsbeitragsgesetzes besser gefördert werden kann. Der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage.</p> | |



| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| 27.09.2018 | <p>Vorstösse aus dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation:</p> <p>17.3458 (Motion Nantermod): Lernfahrausweis ab 16 Jahren. Im Rahmen der Revision der Führerausweissvorschriften, die zurzeit in der Vernehmlassung ist, wird der Bundesrat aufgefordert, die Möglichkeit eines Lernfahrausweises ab 16 Jahren zu prüfen. Der Erwerb des regulären Führerausweises soll auch weiterhin erst mit Erreichen der Volljährigkeit möglich sein. Der Bundesrat lehnt die Motion aus prozeduralen Gründen ab.</p> | |
| 28.09.2018 | <p>15.434 (Parlamentarische Initiative Kessler): Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter. Die Initiative fordert, das Erwerbsersatzgesetz und das Obligationenrecht so anzupassen, dass bei einem Todesfall der Mutter innerhalb von 14 Wochen nach der Geburt der Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen vollumfänglich dem Vater gewährt wird. Der Nationalrat behandelt eine Fristverlängerung.</p> | |
| 28.09.2018 | Schlussabstimmungen. | |